



FRAGEN?
ANREGUNGEN?
SCHREIBT UNS GERNE EINE MAIL AN
HOPO@ASTA.UNI-WUPPERTAL.DE



DU WILLST DICH
ENGAGIEREN?
TEILE DEINE EINDRÜCKE UNTER DEM
[#NOTMYHOCHSCHULGESETZ](#)



ALLGEMEINER
STUDIERENDENAUSSCHUSS
UNIVERSITÄT WUPPERTAL



NOT MY
HOCHSCHUL
GESETZ

DAS NEUE HOCHSCHULGESETZ

Befreiung der Hochschulen oder
Gängelung der Studierenden?

Stand: 20.04.18

FREIHEIT! ABER FÜR WEN?

„Das derzeitige gesetzliche Verbot von Anwesenheitspflichten wird abgeschafft.“

„...die Hochschulen konkrete Studienverlaufsvereinbarungen mit den Studierenden abschließen dürfen, die einen verbindlichen Charakter erhalten sollen.“

„[Hochschulen] benötigen keine staatliche Hilfestellung, sich friedlichen Zielen zu verpflichten.“

„Die Beauftragte für die Belange studentischer Hilfskräfte stellt in einem System der Interessenwahrnehmung mittels der Personalvertretung einen Fremdkörper dar.“

„Die bestehende Möglichkeit, vor der Einschreibung Online-Self-Assessments verpflichtend vorzusehen, soll gesetzlich unterstrichen werden.“

„Beim Senat soll die Gruppenparität nicht mehr das gesetzliche Regelmodell sein, sondern als Option erhalten bleiben.“

„Die gesetzliche Regelung betreffend den Rahmenkodex für gute Beschäftigungsbedingungen wird daher gestrichen.“

„Die derzeit obligatorisch vorgesehenen Studienbeiräte mit ihrem obligatorischen Einspruchsrecht erhöhen den bürokratischen Aufwand bei dem Erlass von Prüfungsordnungen.“

Die Anwesenheit in Lehrveranstaltungen ist oft Garant für Erfolg im Studium. Doch meistens gehen Anwesenheitspflichten zu Lasten Studierender mit besonderen Belastungen – Erziehung von Kindern, Nebenjobs, chronische Erkrankungen... Zudem wird das Resultat mangelhafter Qualität in der Lehre auf die Studierenden gewälzt.

Was folgt, wenn Studierende die Vereinbarungen nicht einhalten können, lässt das Papier offen. Für uns ist klar, dass derohne hin schon hohe Druck auf Studierende nicht weiter erhärtet werden darf. Statt neue Restriktionen einzuführen muss echte Förderung von Studierenden im Vordergrund stehen.

Die Etablierung von sogenannten Friedensklauseln soll sicherstellen, dass Hochschulen frei von Aufträgen aus der Rüstungsindustrie forschen. Eine Verpflichtung zu Frieden ist niemals überflüssige Bürokratie, sondern ein wertvoller Beitrag zum Gemeinwesen.

Anstelle der Stärkung der Interessenvertretung von SHKs durch den Personalrat will die Landesregierung auch die kleinsten Ansätze von Mitbestimmung abschaffen. SHKs sind Arbeitnehmer*innen und sollten auch als solche geschützt sein und ihre Interessen artikulieren!

Selfassessments sollen die Studienabbrecherquoten senken. Die gleiche Stimmengewichtung für alle Studierenden im Senat – Professoren*innen, Wissenschaftliche Mitarbeiter*innen, Mitarbeiter*innen

Der Hochschulrat als Institution trägt nicht zur Stärkung der demokratischen Verfasstheit der Hochschulen zurück. Anstatt ein bewährtes Instrument weiterzuentwickeln, konsequent und böte die Möglichkeit, Studierender ist ein wichtiger Beitrag zum Dialog auf Augenhöhe in der demokratischen Gremien der akademischen Selbstverwaltung zurückzuholen. Stattdessen soll dieser sogar gestärkt werden.

Mitbestimmungsrechte von Studierenden - bloße Bürokratie? Wohl kaum. Studienbeiräte sollten vielmehr in ihrer Arbeit gefördert werden um studentische Mitsprache voranzubringen.

HOCHSCHULEN – EIN ORT, AN DEM MAN GERNE ARBEITET?

DEMOKRATIE – SOWAS VON ÜBERBEWERTET?

„Die bestehende Möglichkeit, vor der Einschreibung Online-Self-Assessments verpflichtend vorzusehen, soll gesetzlich unterstrichen werden.“

„Die gesetzliche Regelung betreffend den Rahmenkodex für gute Beschäftigungsbedingungen wird daher gestrichen.“

„Die derzeit obligatorisch vorgesehenen Studienbeiräte mit ihrem obligatorischen Einspruchsrecht erhöhen den bürokratischen Aufwand bei dem Erlass von Prüfungsordnungen.“

Die gleiche Stimmengewichtung für alle Studierenden im Senat – Professoren*innen, Wissenschaftliche Mitarbeiter*innen, Mitarbeiter*innen

Der Hochschulrat als Institution trägt nicht zur Stärkung der demokratischen Verfasstheit der Hochschulen zurück. Anstatt ein bewährtes Instrument weiterzuentwickeln, konsequent und böte die Möglichkeit, Studierender ist ein wichtiger Beitrag zum Dialog auf Augenhöhe in der demokratischen Gremien der akademischen Selbstverwaltung zurückzuholen. Stattdessen soll dieser sogar gestärkt werden.

„Die bestehende Möglichkeit, vor der Einschreibung Online-Self-Assessments verpflichtend vorzusehen, soll gesetzlich unterstrichen werden.“

„Die gesetzliche Regelung betreffend den Rahmenkodex für gute Beschäftigungsbedingungen wird daher gestrichen.“

„Die derzeit obligatorisch vorgesehenen Studienbeiräte mit ihrem obligatorischen Einspruchsrecht erhöhen den bürokratischen Aufwand bei dem Erlass von Prüfungsordnungen.“